

Nachhaltigkeitsbericht

Klimaschutz: Das Zwischenziel ist in greifbarer Nähe

Bundesregierung überarbeitet Nachhaltigkeitsbericht unter Federführung von Sarah Ryglewski (SPD) – Onlinebeteiligung startet



Sarah Ryglewski hat als Staatsministerin im Bundeskanzleramt die Dialogfassung des Nachhaltigkeitsberichts mit erarbeitet. Jetzt haben die Bürger das Wort.

MARKUS PETERS

Berlin. Noch ist die Bundesrepublik auf einem guten Weg: Beim Thema Kohlendioxidausstoß könnte das Etappenziel, bis 2030 insgesamt 65 Prozent der Treibhausgas-Emissionen gegenüber 1990 einzusparen, erreicht werden. Nach derzeitigen Vorausberechnungen wird Deutschland bei 64 Prozent CO₂-Einsparung landen. Damit der fehlende Prozentpunkt und vielleicht sogar noch mehr erreicht wird, überarbeitet die Bundesrepublik derzeit ihre Nachhaltigkeitsstrategie unter Federführung der Bremer SPD-Bundestagsabgeordneten und Staatsministerin im Bundeskanzleramt, Sarah Ryglewski.

Der erste Nachhaltigkeitsbericht wurde schon 2002 geschrieben. Das derzeit geltende Papier stammt aus dem Jahre 2017 und musste wegen der vielen Veränderungen, die sich unter anderem durch die veränderte Energiesituation seit dem Krieg in der Ukraine ergeben hatten, überarbeitet werden. Das soll nach dem Willen der Bundesregierung aber keine rein politische Diskussion bleiben. Seit heute steht nämlich die sogenannte Dialogfassung des Berichts online und kann von allen Interessierten gelesen und auch kommentiert werden. Stellungnahmen, Vorschläge und Kritik sind dabei sehr willkommen.

„Ich würde mich freuen, wenn sich nicht nur Verbände und Interessengruppen beteiligen, sondern sich auch Bürgerinnen und Bürger in diesen Prozess einbringen“, betont Ryglewski. Bis Ende Juli haben Interessierte Zeit, Anmerkungen und Vorschläge zu dem mehr als 150 Seiten umfassenden Papier zu machen.

„Wichtig ist es, klarzumachen, dass Nachhaltigkeit nicht Verzicht bedeutet, sondern dass wir als Gesellschaft eine Menge davon haben, wenn wir nachhaltiger wirtschaften“, macht Ryglewski deutlich. Zum Beispiel durch eine intakte Natur. Die soll unter anderem durch einen schonenden Umgang mit den zur Verfügung stehenden Flächen erreicht werden. Von den 120 Hektar pro Tag, die noch Anfang der 2000er-Jahre für Siedlungs- und Verkehrszwecke verbraucht wurden, ist man in der Zwischenzeit hinunter auf 52 Hektar pro Tag. Bis 2030 sollen 30 Hektar angepeilt werden, im Jahr 2045 sollen genauso viele Flächen wieder renaturiert wie verbraucht werden.

Um sicherzustellen, dass Bund, Länder und Kommunen weiter auf dem Pfad der Nachhaltigkeit wandeln, misst das Statistische Bundesamt in regelmäßigen Abständen insgesamt 37 verschiedene Indikatoren. Dazu gehört unter anderem der Anteil des ökologischen Landbaus an der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche. Die Bundesregierung peilt bis 2030 einen Wert von 30 Prozent an. Im Jahr 2022 lag dieser Anteil bei 11,2 Prozent.

„Als Staatsministerin muss ich im Blick behalten, ob wir in den einzelnen Bereichen tatsächlich in der Spur bleiben. Sollte das nicht gelingen, muss im Dialog mit den jeweiligen Fachministerien nachgeschaut werden, an welchen Stellschrauben wir unter Umständen noch gemeinsam drehen können“, erklärt Ryglewski. Große Auseinandersetzungen in der Ampel-Koalition fürchtet die Bremerin allerdings nicht. „Die Nachhaltigkeitsstrategie wird vom gesamten Kabinett verabschiedet. Deshalb ist da ein hohes Maß an Verbindlichkeit drin.“

Damit die Nachhaltigkeit nicht nur bei der gut verdienenden Mittel- und Oberschicht ankommt, sondern in der gesamten Breite der Bevölkerung, habe die Bundesregierung im Vergleich zu den früheren Berichten diesmal sehr genau auf die sozialen Fragen geschaut, betont Ryglewski. „Denn ohne Lösungen für diese Fragen wird der Weg zu einer nachhaltigen Gesellschaft nicht gelingen.“ Deshalb werden unter anderem auch bildungspolitische Werte überprüft, zum Beispiel die Verringerung des Anteils von Schulabbrechern und die Erhöhung des Anteils von akademisch qualifizierten Personen.

Unerwünschte Folgen

Aber auch andere unerwünschte Effekte wie mögliche negative Umweltfolgen im Ausland durch hiesige Klimaschutzprojekte sollen ins Visier genommen werden. Ryglewski: „Wir haben unser besonderes Augenmerk darauf gerichtet, dass es durch unsere Strategie nicht zu unerwünschten Nebenwirkungen in anderen Ländern oder auf anderen Kontinenten kommt.“ Zum Beispiel beim Thema seltene Erden und Lithium, die für die Batterien bei der E-Mobilität benötigt werden. "Es darf uns nicht egal sein, unter welchen Bedingungen diese künftig gefördert werden. Da schauen wir jetzt genauer als früher hin.“

Wer sich an der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung mit Ideen, Anregungen oder Kommentaren beteiligen will, kann das bis zum 26. Juli 2024 online unter dialog-nachhaltigkeit.de tun.
